

2016-04-19

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



---

## Niederschrift

### über die Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz am 10.02.2016

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Feuerwache, Innsbrucker Straße 8

**Es fehlten:**

**Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**

Palermo, Antonio

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Kuras, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Herr Kuras erklärt, dass der Ausschuss vorverlegt werden musste. Grund hierfür ist die Aufstellung des Haushaltes. Im vergangenen Jahr wurde die Übereinkunft getroffen, dass die Fachausschüsse sich in die Aufstellungsphase des Haushaltes einbinden. Frau Nußbeck wird im weiteren Verlauf noch einige Dinge zum Thema Haushalt sagen. Es wurde eine Terminkette zur endgültigen Haushaltsbeschlussfassung aufgestellt, in diese reihen sich alle weiteren Termine ein, sowohl die der Fachausschüsse als auch die 2 Sitzungen des Haushaltsausschusses. Der Haushalt soll am 13.04.2016 in der turnusmäßigen Sitzung des Stadtrates beschlossen werden. Heute tagt der Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz, um unter anderem über die Zahlen im Haushalt zu sprechen und diese noch einmal abzugleichen.

Die Sitzung wird eröffnet.

Herr Kuras

gibt es Einwände zur Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung? → keine

Die Einladung ist frist- und formgerecht erfolgt.

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung.

Herr Kuras

stellt zur Beschlussfähigkeit fest, dass 5 Stadtratsmitglieder plus seiner Person, somit 6, erschienen sind. Außerdem sind alle 4 sachkundigen Bürger anwesend.

Feststellung der Beschlussfähigkeit.

## **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Kuras

gibt es Einwände oder Ergänzungen? → keine

Einige Punkte werden unter Sonstiges fallen. Dies kann so bleiben.

Feststellung der Tagesordnung.

## **3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses**

Herr Kuras

betont neben seiner Person als Vorsitzender des Ausschusses die Notwendigkeit eines Stellvertreters. Im letzten Ausschuss wurde schon angesprochen Frau Storz für diese Funktion zu wählen. Vor der Sitzung wurde Frau Storz bereits telefonisch darüber informiert. Frau Storz äußerte keine Einwände. Somit wird Frau Storz vorgeschlagen.

Gibt es andere Vorschläge für den stellvertretenden Vorsitz in diesem Ausschuss?

→ keine

Herr Kuras

stellt fest, dass keine anderen Vorschläge vom Ausschuss gemacht werden und stellt Frau Storz zur Wahl.

Mit einer Enthaltung wird Frau Storz zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz gewählt.

Frau Storz

nimmt das Amt dankend an.

#### **4 Genehmigung der Niederschrift vom 30.09.2015**

Herr Kuras

bemerkt, dass der letzte Ausschuss schon einige Zeit her ist. Dennoch wurde die Niederschrift zeitnah verschickt.

Gibt es Korrekturen oder Änderungsvorschläge zur Niederschrift?

Herr Kleinschmidt

hat eine formelle Frage. In seinem Protokoll befinden sich nur die Seiten mit den ungeraden Zahlen 1,3,5,7 usw. Ihm fehlen die Seiten 2,4,6 usw. Sind diese vergessen worden oder ist dies ein Fehler der Nummerierung?

Herr Kuras

stellt fest, dass bei ihm alle Seiten vorhanden sind. Ansonsten hätte er dies schon gerügt.

Herr Kuhnhold

weist darauf hin, dass dies möglicherweise ein Druckfehler ist.

Herr Kuras

bittet darum, dass Herr Kleinschmidt noch einmal das komplette Paket erhält um ihm die Zeit zu geben, dass er es sich nachher noch einmal anschaut.

Gibt es von den Mitgliedern, die das Protokoll rechtzeitig und vollständig erhalten haben, Einwände oder Korrekturen?

→ keine

Frau Nußbeck

gibt Herrn Kleinschmidt ihre komplette Niederschrift zum Verbleib. Es wird ihm die Möglichkeit gegeben sich diese anzuschauen.

Herr Kuras

bestätigt mit dieser Einschränkung die Niederschrift.

#### **5 Einwohnerfragestunde**

Herr Kuras

bittet um Wortmeldungen der Anwesenden.

Herr Weinert

ist stellvertretend für den Chef der Technischen Einsatzleitung in Törten anwesend. Dies ist Herr Schneider, welcher in der letzten Wasserwehrsitzung gewählt wurde. Dieser kann heute leider nicht persönlich erscheinen.

Die Wasserwehr Törten hat 4 offene Fragen.

1. Stand der Erkenntnisse zur Freibordhöhe des Deiches Vogelsiedlung. Ist das Vermessungsamt schon tätig geworden? Wie sieht es mit der Freibordhöhe aus?
2. Stand der Arbeiten Deich Mörter Höhen. Dieses Thema gibt es nunmehr seit über 10 Jahren. 2002 liegt bereits 14 Jahre zurück. Herr Kuras soll sich nicht eines Tages mit dem Thema beschäftigen müssen, wie der größte Teil von Dessau bei einem Hochwasser überschwemmt wurde. Es passiert nach wie vor nichts. Die Stadt wird im Stich gelassen.
3. Stand der Planungen im Bereich Siel Lorkgraben. Dazu gab es laut Herrn Schneider die Information, dass dies in diesem Jahr Thema ist.
4. Stand der Erkenntnisse zur Durchsickerung am Ringdeich. Dazu gab es zwar bereits schon eine schriftliche Antwort, aber gibt es dazu vielleicht noch etwas Neues?

#### Herr Kuras

bedankt sich für die Wortmeldung und schlägt vor, die Fragen gleich zu beantworten.

#### Herr Unger

informiert, dass zu diesem Thema am heutigen Tag eine E-Mail u. a. an Herrn Weinert ergangen ist, in der sich seine Fragen beantworten.

Unklar ist ihm noch was Herr Weinert mit Punkt 3 „Siel Lorkgraben“ meint. Diese Frage kann er nicht genau einordnen. Ihm sind keine geplanten Bauleistungen am Siel Lorkgraben bekannt. Die Bauleistungen im Verlauf des Lorkgrabens im Auftrag des Tiefbauamtes unter Verwendung von Mitteln des Vernässungsfonds konnten abgeschlossen werden. Die drei Hauptleistungen (Trogkanal, Öffnung des Gewässers im Bereich Sportplatz sowie Austausch und Vergrößerung von Durchlassbauwerken) wurden abgeschlossen.

#### Herr Weinert

stellt klar, dass damit der Bereich zwischen dem Ende des Deiches und dem Siel gemeint ist. Hier handelt es sich um 200-300 m, welche derzeit mobil verteidigt werden müssen. Herr Schneider informierte, dass diese nun in Planung sind. Entspricht dies der Tatsache?

#### Herr Unger

nimmt wie folgt Stellung zu den genannten Punkten:

zu 1. Stand der Erkenntnisse zur Freibordhöhe des Deiches Vogelsiedlung

Im November 2015 hat das Vermessungsamt im Auftrag des Amtes 37 eine Bestandsvermessung gefertigt. Dies betraf den gesamten Bereich Vogelsiedlung.

In der Überfahrt Meisenweg wurden nochmals spezielle ergänzende Höhen zwischen Weg und Böschungsoberkante gemessen und der Deich verdichtet. Man kann sagen, dass der Deich die bestehenden Höhen über den gesamten Bereich Vogelsiedlung entsprechend den Ausbauparametern einhält. Es ergibt sich für den gesamten Bereich ein Freibord von 0,5 m, am nördlichen Ende sind es sogar 0,6 m. Somit hat der Deich absolut die Höhe die er haben sollte. Er bittet dabei zu beachten, dass zum damaligem Zeitpunkt die Ausbauhöhen der Deichanlage für den schadlosen Abfluss eines HW 200 ermittelt worden. Für den Bereich Meisenweg ist der Wert HW

200 mit 65,1 NHN angegeben, der Wert HW 100 (BHW) mit 64,6 NHN. Daraus ergibt sich bei einer Bestandshöhe von 65,1 NHN der ermittelte Freibord von 0,5 m für das HW 100 und ein Anschlag der Bemessungsganglinie für einen Abfluss HW 200.

Ich bitte dabei zu beachten, dass hierbei Planwerte mit der tatsächlichen Höhenlage des Deiches verglichen werden. Eine genauere Angabe der Nachkommastellen scheint deswegen nicht zielführend.

## zu 2. Stand der Arbeiten Deich Möster Höhen

Deich Möster Höhen – Planfeststellungsbeschluss hat Rechtskraft erlangt, geplante Ausschreibung der Bauleistung im Jahr 2015 musste laut LHW auf Februar 2016 verschoben werden, weil in der Ausführungsplanung erneut durch neue Richtlinien der Bereich Hochspannungsleitungen neu berücksichtigt werden musste. Die planerische Vorbereitung für diese Leitungsumverlegung wurde im Dezember 2015 durch den Leitungsträger abgeschlossen und soll bis voraussichtlich Ende April 2016 umgesetzt werden. Parallel wird ab Ende Februar 2016 das Vergabeverfahren durch den LHW durchgeführt. Den erfolgreichen Abschluss des Vergabeverfahrens vorausgesetzt, wird ein Baubeginn der Deichbaumaßnahmen im August 2016 angestrebt. Verweis auf Herrn Torger, vielleicht möchte dieser noch etwas ergänzen.

### Herr Torger

informiert, dass es sich nicht um eine Umverlegung der Leitungen handelt, sondern um einen hochwassersicheren Umbau. Derzeit stehen die Masten landseitig hinter dem Deich und werden zukünftig im Hochwassergebiet stehen. Der Rechtsträger sichert mit diesen Maßnahmen einen hochwassersicheren Ausbau seiner Mastfundamente.

### Herr Kuras

merkt an, dass dies absolut nachvollziehbar ist. Schließlich will niemand, dass die Masten umfallen.

### Herr Weinert

hätte sich dies bereits vor 10 Jahren beim Bau des Deiches gefragt und nicht erst jetzt. Ihm ist weiterhin unverständlich wie lange diese Planung dauert, unterbrochen wurde und welche Paragraphenveränderungen und der gleichen dazu kamen. Die Schuld liegt nicht bei der Stadt, dennoch ist es sehr ärgerlich.

### Herr Kuras

gibt zu bedenken, dass die Planfeststellungsverfahren in anderen Bereichen ähnlich lange dauern. Es gab eine politische Debatte auf parlamentarischer Ebene, ob man bei Hochwassermaßnahmen diese Verfahren abkürzt. Am Ende hat sich niemand dazu bereit erklärt dies wegfällen zu lassen. Gerade im Bereich Deich Möster Höhen gab es Grund- und Bodendiskussionen die viel Zeit in Anspruch genommen haben. Aber man kann einen Anwohner nicht zwingen und es ist besser eine einvernehmliche Lösung zu finden, wie es am Ende auch der Fall war. Sicherlich ist dies nicht befriedigend aber es ist der derzeitige Stand. Und nun geht es endlich los.

### Herr Unger

fügt an, dass es zwar jetzt nochmal eine monataweise Verschiebung gab, aber nun ist Bewegung.

#### Herr Schönemann

möchte, dass die gemachten Zeitdaten des LHW zum Thema „Deich Möster Höhen“ ins Protokoll genommen werden.

#### Herr Weinert

gibt zu bedenken, dass die Kosten eines Verbaus an der Autobahn 9 im Hochwasserfall 2013 immens sind. Wenn es nicht bald voran geht, muss dies beim nächsten Hochwasserereignis wieder gemacht werden.

#### zu 4. Stand der Erkenntnisse zur Durchsickerung am Ringdeich

Zum Ringdeich gibt es derzeit keinen neuen Sachstand. An dieser Stelle kann, wie bereits beschrieben, wegen der gestörten Untergrundverhältnisse das Problem nicht abschließend gelöst werden. Mit dem Bau wurde der Grundwasserstauer entfernt bzw. beschädigt, eine nachträgliche Verspundung ist nicht zielführend. Die Verspundung die vorgesehen ist, soll die Böschung der Autobahn schützen. Das Quell- oder Drainagewasser kann man damit allerdings nicht aufhalten. Die einzige Möglichkeit wäre die Einschüttung des Durchlasses. Hierzu sind allerdings noch Gespräche mit der DEGIS offen. Das Problem, dass hinter dem Ringdeich Drainagewasser austritt, wird aber auch weiterhin bestehen. Derzeit wird an einer Lösung zur Milderung gearbeitet.

#### Herr Weinert

möchte im Zuge der Spundwandsetzung am Durchlass Ringdeich, dass die Entwässerung vor dem Deich gezogen wird. Bis dato steht das Wasser immer hinter dem Deich und es ist kein Durchkommen möglich. Dies wurde bereits bei der Abnahme bemängelt. Das wäre jetzt die Möglichkeit dies einzubinden. Das sollte nicht vergessen werden.

#### zu 3. Stand der Planungen im Bereich Siel Lorkgraben

#### Herr Unger

führt aus, dass diese Maßnahme in der Hochwasserbeseitigung des LHW bis zum Jahre 2020 gedacht ist. Derzeit gibt es hierzu keine konkreten Planungen. In der Prioritätenliste steht jetzt vor allen Dingen Deich Möster Höhen und Wasserstadt II.BA. Dafür steht es kurz vor Ausschreibungsbeginn und Realisierung. Daran gliedern sich dann die anderen Maßnahmen, wie zum Beispiel Scholitzer See Ost und West.

#### Herr Kuras

fragt, ob es weitere Fragen oder Anmerkungen gibt?

#### Herr Franze

fragt an, wann der defekte Schieber am Durchlass Obelisk repariert wird. Er war bereits 2013 defekt, weil sich ein Span gelöst hatte und dazwischen klemmte. Der Schieber ging nicht zu schließen. Das wurde damals auch gemeldet. Frage: ist dieser Schieber bereits repariert?

#### Herr Torger

gibt zu bedenken, dass es sich hier um einen zweiseitigen Verschluss handelt, der wasserseitige ist erhalten geblieben unter denkmalschutzrechtlichem Hintergrund.

Somit war es für den LHW nicht möglich, hier Maßnahmen vorzunehmen. Nach der Deichschau im vergangenen Jahr ist festgelegt worden, dass diese Anlage im Ganzen nochmal anzufassen ist. Die Stirnmauer hätte damals bei der Deichsanierung schon mit saniert werden sollen. Eine Lösung hierfür wird noch in diesem Jahr angestrebt.

Herr Franze

merkt an, dass der neue Schieber so schwach ist, dass er dem drückenden Wasser nicht standhält, es erfolgt ein Wasseraustritt auf der Landseite.

Herr Kuras

fragt, ob es weitere Fragen oder Anmerkungen gibt?

Herr Herrmann

weist darauf hin, dass im Bereich Kühnau am Weinbergschlösschen immer noch acht Bäume unmittelbar am Deichfuß stehen und beseitigt werden müssen. Sechs davon haben eine Nummer, zwei haben keine Nummer. Dieses Problem ist bereits seit 2013 bekannt. Während der Begehung beim Hochwasser wurde durch die Verantwortlichen festgelegt, dass hier etwas getan werden muss. Der Ortschaftsrat hat darum gebeten dies noch einmal in dieser Runde anzusprechen. Diese Bäume stellen eine massive Gefahr im Hochwasser dar. Die Bäume haben mitunter einen Stammdurchmesser bis zu 65 cm. Frau Gleichmann (OR) hat hierzu eine E-Mail bekommen. Es wird um eine zeitnahe Information an den Ortschaftsrat und die Wasserwehr gebeten.

Herr Torger

merkt an, dass dies geprüft werden muss und noch zwei Wochen die Möglichkeit zum Fällen besteht.

Herr Herrmann

gibt zu bedenken wie dringend die Angelegenheit ist.

Herr Unger

gibt zu bedenken, dass gegen die Fällung sowohl Denkmalschutzrechtliche als auch Naturschutzrechtliche Bedenken bestehen. Dies wurde vorab mit Herrn Beisitzer vom LHW so vereinbart. Es wurde bereits vorab abgestimmt, dass ein Sachverständiger zur Begutachtung beauftragt werden soll. Hierzu ist es derzeit noch nicht gekommen, weil keine finanziellen Mittel zur Verfügung standen. Es muss erst konkret geprüft werden, welche Bäume tatsächlich eine Gefahr darstellen, wie ist die Substanz der Bäume, die Standfestigkeit, welche Auswirkungen auf den Deich bestehen usw. Erst dann kann darüber entschieden werden, welcher Baum zu fällen ist, weil eine konkrete Gefahr besteht. Eine Beauftragung eines Sachverständigen steht noch aus.

Herr Kuras

fragt dazu, die acht Bäume sollen also nicht pauschal betrachtet werden, sondern in einem Abwägungsprozess zwischen den Naturschutzinteressen und den anderen öffentlichen Belangen?

Herr Herrmann

gibt zu bedenken, dass es 2013 bereits sehr kritisch war. Im erneuten Hochwasserfall könnte es durch die Entwurzelung eines solchen Baumes und dem damit verbun-

denen Umstürzen zu einem massiven Bruch des Deiches kommen. In Folge dessen würden die Ortslagen Großkühnau und Kleinkühnau geflutet werden und das Wasser würde über den Flugplatz in Richtung Alten und weiter zur Stadtmitte laufen.

Herr Unger

Versichert, dass die Ängste ernst genommen werden, aber ein zu forsches Abholzen aller mutmaßlich gefährlichen Bäume nicht das Mittel der Wahl ist.

Herr Herrmann

gibt zu bedenken, dass es sich dabei um einige Bäume handelt die nicht erst im Hochwasserfall beseitigt werden können, da sie schlichtweg zu groß sind.

Herr Unger

regt an, dass man sich diese Maßnahme nochmal ins Bewusstsein rufen muss. Dass das Absägen/Kürzen, um die Hebelwirkung aufzuheben, alleine nichts nutzt. Die den Deich durchziehenden Wurzeln verfaulen nach dem Fällen langsam und bilden somit Quellgänge die nicht zu unterschätzen sind.

Herr Kuras

regt an, dass eine Entscheidung und Durchführung besser jetzt (zeitnah) getroffen werden muss, als erst im Hochwasserfall.

Herr Schönemann

stimmt dem zu und gibt zu bedenken, im Hochwasserfall gibt es keine langen Entscheidungswege aber das ist nicht der normale Weg, weil es dann oft hinterher Ärger eben aus Denkmal- und Naturschutzgründen gibt. Der bisherige Verfahrensweg ist aber zu lang, weil das Problem eben schon seit 2013 besteht. Deshalb muss die Entscheidung getroffen werden, wo ist Handlungsbedarf weil eine Gefahr besteht und wo kann eventuell verzichtet werden. Diese langen Verfahrenswegen stellen auch keine Motivation für die Wasserwehr dar. Wenn die Hinweise der Wasserwehr nicht ernst genommen werden, sinkt zwangsläufig auch die Motivation. Die Wasserwehr muss in dem Prozess mitgenommen werden, was ist aus Gefahrengründen zu fällen und wo sind Bereiche als unkritisch einzustufen.

Herr Kuras

Gibt es weitere Fragen? → keine

## **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

Keine.

## **6.1 Förderrichtlinie kommunaler Hochwasserschutz - Vorstellung zu beantragender möglicher Maßnahmen / Projekt zur Verbesserung des kommunalen Hochwasserschutzes**

Herr Kuras

fragt an, ob die Förderrichtlinie schon gültig/verabschiedet ist.

Herr Unger

antwortet, dass diese lt. Ministerium im Ministerialblatt mit Erlass vom 07.12.2015 veröffentlicht wurde. Somit ist diese rechtskräftig. Es gibt allerdings noch keine Durchführungsverordnung und alle Zuständigkeiten sind noch nicht geklärt. Das Problem liegt bei der EU-rechtlichen Prüfung der Finanzierung. Die in der Förderrichtlinie genannte Beantragungsfrist bis zum 31.03.2016 soll mit Erlass aufgeschoben werden. Eine vorherige formlose Beantragung ist nicht gewollt. Der 31.03.2016 ist kein Ausschlusskriterium für später eingereichte Maßnahmen. Das Ganze wird ein längerer Prozess. Die Maßnahmen werden gemeldet, wenn die Rahmenbedingungen geklärt sind, das Landesverwaltungsamt wird eine Prioritätenliste erstellen. Die genaue Durchführung ist somit noch offen.

Herr Kuras

merkt an, dass diese Vorgehensweise üblich ist und erinnert an das Stark3 Programm. Die Stadt ist gut beraten jetzt schon den Antrag in der Schublade zu haben, wenn der Startschuss fällt.

Vorstellung der zu beantragenden möglichen Maßnahmen durch Herrn Müller. Nähere Ausführungen durch die Fachämter von Herrn Plümecke und Herrn Unger.

- *siehe Anlage 1* -

Herr Freyer-Gottschalk

fragt während der Ausführungen von Herrn Müller an, ob es beim Stromerzeuger nicht sinnvoller ist, zwei kleinere Aggregate, als einen großen Block zu beschaffen. Das THW hat sich selbst mit dieser Fragestellung schon auseinandergesetzt. Sollen die Zuführungen dann über lange Kabelverbindungen erfolgen?

Herr Müller

antwortet, auch diese Frage wurde bei uns diskutiert. Bei der Pumpengröße die im Tiefbauamt vorgehalten wird, benötige ich aber bei zwei Pumpen, bedingt durch den Anlaufstrom, ein großes Aggregat.

Herr Porsche

fragt während der Erläuterungen des Tiefbauamtes nach, ob die beantragten Fördersummen sich nur auf die Planungsleistungen beziehen oder ob die bauliche Umsetzung mit berücksichtigt wurde. Das Tiefbauamt bestätigt, dass die bauliche Umsetzung als Planungsgröße berücksichtigt wurde. Wobei der gesamte bauliche Umfang erst nach der genauen Untersuchung bestimmt werden kann. Nach Ansicht des Tiefbauamtes sollten aber die Gesamtkosten bereits einen gewissen Puffer enthalten.

- *Ende der Vorstellung der Maßnahmen nach Anlage 1* -

Herr Kuras

findet, dass hiermit ein guter Weg geebnet ist, dennoch die Entscheidung der Prioritäten und die Höhe der Förderung des Landes abgewartet werden muss.

Herr Kuras

gibt es weitere Fragen? → keine

## **6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

Herr Kuras

gibt es sonstige Anfragen?

Herr Ehm

möchte zwei Punkte ansprechen.

1. Die vom Ortschaftsrat Waldersee i. V. m. der Wasserwehr Waldersee erarbeitete Mängelliste ist nach wie vor nicht abgearbeitet. Diese besteht seit 2005, als die Deiche neu gemacht worden und damals wurde schon in einigen Bereichen gepfuscht. Nachdem diese Bereiche erneuert wurden, besteht ein Grundzustand an Sicherheit. Dennoch beinhaltet die Mängelliste 20 Punkte. Hieraus wurden in den letzten Jahren drei Punkte abgearbeitet. Drei exemplarische Mängel aus der Liste sind:
  - a. Fehlende mobile Deichverteidigung an der Jonitzer Mühle (Aluwände). Diese wurden bis heute nicht ausgereicht, obwohl es sie an anderer Stelle, z. B. im Luisium, gibt. 2013 konnte dieser Schwachpunkt durch zufällig abgelagerte Paletten mit Betonsteinen und Folie gesichert werden. Dies ist kein Zustand für den Hochwasserschutz wenn man weiß dass dies die niedrigste Stelle dann im gesamten Ort ist.
  - b. Fehlende Deichzufahrten z. B. Ackerwall vom Sportplatz bis zur Berme an der Dessau-Wörlitzer Eisenbahn und an der Abfahrt zur Schlossallee. Es ist bekannt, dass dies derzeit zum Teil in Planung ist, zumindest für die Schlossallee. Allerdings ist noch nicht absehbar wann eine Umsetzung erfolgt.
  - c. Sporadisch fehlende Deichseitengräben. Dies führt zur Überflutung der dahinterliegenden Flächen. Im Jonitzer Bereich, der Deichseitengraben am Ackerwall, hier wird der ganze Sportplatz überflutet, was schon mehrfach passiert ist. Dadurch entsteht ein immenser materieller Schaden. Zudem kommt das Problem der Spundwände am Luisium. Diese sind durch die Verhinderung der Kulturstiftung nicht einbetoniert. Das hat zur Folge, dass das Betum in den Verschlüssen durch Wärme nach unten läuft und irgendwann nicht mehr vorhanden ist. Mit der Feuerwehr wurde vor ein paar Jahren ein Test gemacht und festgestellt, dass bereits durch einen einzigen Verschluss pro Minute 10 Liter Wasser durchlaufen. Dies schwächt den ganzen Deich am Luisium und kann zu einem katastrophalen Schaden am Deich im Hochwasserfall führen.

### Herr Kuras

bemerkt, dass das Luisium damals ein großer Streitfall war.

### Herr Ehm

erwidert, der gemeinsame Wille der Walderseer und der Stadt war es, das Luisium im gesamten einzudeichen. Die Kulturstiftung wollte das damals nicht, mit dem Ergebnis, dass das Luisium sowohl 2002 als auch 2013 geschädigt wurde. Ein weiterer Schwachpunkt ist die nicht befestigte Zufahrt zum Luisium.

Diese Mängelliste mit über 20 Punkten soll nun in den Ausschuss eingebracht werden, in der Hoffnung, Unterstützung durch die Verwaltung und den Ausschuss zu bekommen. Eine systematische Abarbeitung in den kommenden Jahren ist erwünscht.

Die komplette Mängelliste wurde im Juni vergangenen Jahres, nach Aufforderung, an das Ministerium geschickt. Hieraufhin wurde, wie bereits nach der Deichsanierung nach 2002, geantwortet, dass in Waldersee alles in Ordnung sei. 2013 ist exemplarisch dafür, da es hier zu keinen Schäden in Waldersee kam. Die Liste umfasst sowohl besonders wichtige, als auch Punkte die etwas mehr Zeit haben. Es geht nicht darum goldene Türklinken zu erhalten. Es soll lediglich ein DIN-gerechter Hochwasserschutz entstehen.

2. Thema Projekt „Wilde Mulde“. Herr Ehm gibt klar zu verstehen, dass die betroffenen Ortschaftsräte das Projekt ablehnen. Der Sinn dieses Projektes erschließt sich den Ortschaftsräten nicht. Die Beispiele Ruhr und Ems sind überhaupt nicht mit Dessau vergleichbar, hier handelte es sich um geschotterte kanalartige Flüsse. Dessau hat bereits eine wilde Mulde, hier muss nichts erforscht werden. Die Anfrage eines Ortschaftsrates an den WWF ob garantiert werden kann, dass im Hochwasserfall diese geplanten Maßnahmen sich nicht schädigend auswirken, konnte der zuständige Bearbeiter nicht garantieren.

### Herr Kuras

gibt das Wort zum ersten Punkt an Herrn Torger weiter. Zur mobilen Verteidigung an der Jonitzer Mühle wird schon seit geraumer Zeit gesprochen.

### Herr Torger

merkt an, dass die Mängelliste über das Ministerium an ihn herangetragen wurde. Ein entsprechendes Antwortschreiben wurde vom Flussbereichsleiter formuliert und ist rausgegangen. Diese Liste wurde bereits beim Neujahrempfang thematisiert und über die Presse publik gemacht. Die Stellungnahme dazu ist auf dem Weg und nun wird man weiter sehen.

### Herr Kuras

denkt, dass der OR Verständnis dafür hat, dass dies nicht alles von Heute auf Morgen geht. Dennoch sollen diese Punkte nicht in Vergessenheit geraten.

#### Herr Ehm

weist darauf hin, dass es einen wertvollen Hinweis aus dem Antwortschreiben des Ministeriums gab und das war die Bemerkung, dass auf diese Mängel im Zuge der Deichschau erneut hingewiesen werden soll. Dies geschieht bereits seit einigen Jahren. Daher war der gegebene Hinweis sinnlos.

#### Herr Kuras

kommt zum zweiten Punkt Wilde Mulde. Die Stadt steht der ganzen Sache ebenso kritisch gegenüber und sieht daraus resultierend durchaus eine mögliche Gefahr im Hochwasserfall. Des Weiteren vermutet er, dass der WWF Zeichen sieht, dass die Stadt das Projekt befürwortet. Die Stadt muss sich jetzt klar hierzu positionieren. In der konstituierenden Sitzung im September wurde bereits darüber gesprochen; auf politischer Ebene scheint es gegen das Projekt erheblichen Widerstand zu geben. Herr Unger gab damals bekannt, dass die Maßnahme noch einmal einer Fachprüfung unterzogen wird. Wenn sich daraus Rückschlüsse ergeben, dass der Aufwand von 5 Mio EUR nicht gerechtfertigt ist, sollte man das gesamte Projekt in Frage stellen. Aus Sicht der Stadt sollten die 5 Mio dafür nicht ausgegeben werden. Ebenso die der Fischaufstiegsanlage mit 7 Mio, wobei nicht die Sache an sich, sondern die Ausführung zu hinterfragen wäre. Da es sich nicht um städtische Mittel handelt, bin ich hier neutral und sage o. k. ... Wie ist der aktuelle Stand der Kommunikation zum Thema Wilde Mulde zwischen WWF und der Stadt? Gibt es einen neuen Stand?

#### Herr Unger

gibt zu bedenken, dass die Zuständigkeit der Planung und Umsetzung beim WWF liegt. Die Stadt ist nicht Vorhabenträger.

#### Herr Kuras

meint dazu, dass der WWF ohne die Zustimmung der Stadt nichts an deren Gewässern machen kann.

#### Herr Unger

gibt zu bedenken, dass es sich hierbei nicht um Gewässer der Stadt handelt, sondern hier nur die Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde vorliegt. Projektpartner sind der LHW, die Biosphärenreservatsverwaltung. Zudem liegt seit ca. 2 Jahren eine Zusage der Stadt vor, das Projekt zu unterstützen. So lange läuft bereits auch die Projektvorbereitung. Das Projekt wurde zum besseren Verständnis und zur Vertrauensgewinnung bereits in zwei Ortschaftsratsitzungen ausführlich thematisiert. Der WWF bereitet das Projekt weiter vor und sobald antragsfähige Unterlagen vorliegen, werden diese zur Genehmigung eingereicht. Positiv war, dass der WWF auf die Stadt und die ORe zugegangen ist, obwohl der Start ein schlechter war, da weiterhin Konflikte bestehen. Des Weiteren gibt es eine Zusage vom WWF, über den ganzen Projektraum ein Totholzmonitoring, beginnend von der Kreisgrenze bis zur Mündung in die Elbe, durchzuführen. Ebenso erfolgt eine hydraulische Modellierung mit der festgestellt werden soll, ob die gesamte Maßnahme hochwasserneutral ist.

#### Herr Kuras

meint, das war auch die größte Sorge im Ortschaftsrat.

Herr Unger

betont, dass es von Seiten der Stadt keine Zustimmung gibt, wenn nicht versichert werden kann, dass das gesamte Projekt hochwasserneutral ist.

Herr Kuras

fragt, ob schon Unterlagen eingegangen sind.

Herr Unger

verneint dies und bemerkt, dass beim LHW auch noch keine Unterlagen eingegangen sind.

Herr Kuras

stellt zusammenfassend fest, dass die Genehmigung noch nicht erteilt, die Antragsunterlagen angekündigt, aber noch nicht da sind.

Herr Unger

stellt dar, dass es jetzt Anzeichen aus den verschiedenen Ministerien gibt, Fördermittel auszureichen. Wobei der größte Teil der Mittel Forschungsgelder sind und der kleinere Teil Umsetzungsmittel. Die Bildung einer Projektgruppe ist angelaufen, in der sollen die einzelnen Institutionen, u. a. verschiedene Fachhochschulen, zusammenarbeiten.

Herr Kuras

bemerkt, dass eine riesige Maschinerie in Gang gesetzt wird. Es sieht nach einem konkludenten Handeln aus, da außer dem Ortschaftsrat niemand etwas gegen das Projekt sagt. Es wird der Anschein erweckt, als würde das ganze Projekt durch die Ministerien genehmigt, ohne dass vorher der Standpunkt der Stadt gehört wurde. Die Frage der Hochwasserneutralität ist vorher zwingend zu klären. Es ist die Frage wie man damit am besten umgeht. Man muss die Leute darauf aufmerksam machen, dass erst die Hochwasserneutralität geklärt werden muss, bevor man darangeht die ganzen Gelder auszugeben.

Herr Unger

führt an, dass sich Projektgruppe in der Findungsphase befindet. Als erstes müssen Ingenieurbüros gefunden werden, die diese Untersuchungen erstellen. Erst mit prüffähigen Antragsunterlagen kann der Antrag gestellt werden. Und dies ist der erste Schritt. Erst danach kann man als untere Wasserbehörde das Projekt beurteilen. Erste Abstimmungen hat es mit der oberen Wasserbehörde dazu bereits gegeben. Erst nach der Beurteilung kann eine Beauftragung weiterer Abläufe erfolgen.

Herr Kuras

erklärt, dass es nicht gelungen ist, die Ortschaftsräte zu überzeugen.

Herr Unger

stimmt dem zu.

Herr Ehm

bekräftigt, dass Waldersee dieses Vorhaben nicht braucht. Die Ergebnisse die aus dem Projekt erlangt werden sollen, wurden bereits an der Ems und an der Ruhr

schon erlangt. Dazu ist dieses Projekt in Dessau nicht nötig. Das Geld soll lieber zur Beseitigung des Beta HCH aus der Mulde ausgegeben werden.

#### Herr Unger

erklärt, dass die Beta HCH Problematik nicht Projektstellung war. Dafür gibt es andere Möglichkeiten, über die schon informiert wurde. Die Zielstellung ist eine andere und da muss der Aussage des Herrn Ehm widersprochen werden. Hierfür liegen noch keine Erkenntnisse vor. Mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, wobei es sich um eine EU weite Angelegenheit handelt, das alle Gewässer in einen Zustand versetzt werden der möglichst naturgetreu und gut ist. Es fehlen die wissenschaftlichen Erkenntnisse, um eine Renaturierungsmaßnahme umzusetzen. Der größte Teil ist die wissenschaftliche Arbeit und diese würde Dessau für die nächsten fünf Jahre in den Mittelpunkt der autökologischen Wissenschaft stellen. Damit wäre ein hohes Maß an Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit verbunden, welches Dessau in den öffentlichen Fokus rückt.

#### Herr Kuras

könnte sich darüber freuen, wenn die Stadt nicht dringendere Probleme hätte.

#### Herr Schönemann

bemerkt, dass diese Diskussion keinen Sinn hat. Es ist doch ersichtlich, dass diese Maßnahme bereits auf dem Weg ist. Es ging bisher nur darum die Ortschaftsräte mitzunehmen, es ging nicht darum, ob es stattfindet oder nicht.

#### Herr Kuras

gibt zu bedenken, dass die Stadt derzeit zu wenig involviert ist. Er kann das Projekt nur befürworten, wenn es hochwasserneutral ist. Anderenfalls kann keine Zustimmung seitens der Stadt erfolgen.

#### Herr Ehm

bekräftigt erneut, dass er dieses Projekt ablehnt. Er möchte nochmal darauf hinweisen, dass Waldersee 2002 Hochwasseropfer war und die materiellen und persönlichen Schäden immens waren. So viele Menschen wurden durch dieses Ereignis krank und aus diesem Grund wehrt sich Waldersee, bei diesem Projekt als Versuchskaninchen zu fungieren.

#### Herr Kura:

bittet Herrn Unger an der Sache dran zu bleiben und den Ausschuss auf dem Laufenden zu halten. Sollte sich herausstellen, dass die Maßnahme hochwasserneutral ist, dann wird sie wie geplant durchgeführt und die positiv angeführten Dinge aus dieser Maßnahme können genutzt werden. Andernfalls wird sich die Stadt zur Wehr setzen.

#### Frau Storz

hat einen Vorschlag zur systematischen Arbeit. Ihrer Meinung nach werden die Hinweise aus den Ortschaftsratsprotokollen zum Thema Hochwasser nicht ausreichend genutzt. Sie schlägt die Führung einer To-do-Liste vor. Diese soll unter anderem die Hinweise aus den OR-Protokollen, der Fragestunde und des Ausschusses beinhalten. Diese Liste (Gegenstand/Bearbeitungsstand) soll zukünftig immer mit der Einladung zum Ausschuss versendet werden. So soll vermieden werden, immer wieder

alle Punkte erneut anzusprechen, vielmehr können dann einzelne Schwerpunkte herausgenommen werden, wir müssen nicht wieder jeden Punkt neu zu Protokoll geben.

Herr Kuras

fragt die Berufsfeuerwehr, ob dies möglich und realisierbar ist.

Herr Kuhnhold

stimmt zu.

Frau Storz

möchte der To-do-Liste drei Punkte für den Ortsteil Mildensee hinzufügen.

1. Brückenreparatur B185/Absenkung der Ausbaustufe.
2. Planung Scholitzer See Ost und West.
3. Uferabrutschung Scholitzer See.

Frau Storz

informiert weiter, dass die Anwohner Scholitzer See Ost und West nach Gesprächen mit dem Ortschaftsrat bereit sind Bauerlaubnisse zu unterschreiben, um den gesamten Planungsprozess abzukürzen. Es wird um einen Termin Ortschaftsrat, Anwohner und LHW gebeten. Dies soll möglichst zeitnah in Angriff genommen werden, damit die Bauerlaubnisse unterschrieben werden können.

Herr Torger

nimmt zu den genannten Punkten wie folgt Stellung:

- zu 1. Die Stellungnahme zur Planung der Brückenreparatur B185 lag vor.
- zu 2. Die Planung für die Baumaßnahme am Scholitzer See soll gemäß der Aussage von Herrn Noack noch in diesem Jahr beauftragt werden. Zum weiteren Verlauf der Zeitschiene kann noch nichts gesagt werden. Maximal bis 2020 wird dies erreicht werden, da sich das Land verpflichtet hat bis zu diesem Zeitpunkt alle Deiche DIN-gerecht auszubauen. Der Planungsauftrag ist noch nicht vergeben.

Herr Unger

vervollständigt, dass die Umsetzung im III. Quartal erfolgt. Derzeit bestehen noch Probleme mit der Zuwegung.

Frau Storz

weiß, dass seitens der DVG der Fördermittelantrag bewilligt wurde. Die Frage ist, wann geht es nun wirklich los.

Herr Unger

erklärt, dass es sich hierbei um eine Unterhaltungsmaßnahme handelt. Somit gibt es eine verkürzte Planung. Diese hat derzeit einen Entwurfscharakter. Sowohl der LSBB als auch die DVG haben sich auf ein Ingenieurbüro verständigt. Die Umsetzung erfolgt, wie bereits erwähnt, im Herbst diesen Jahres.

#### Herr Kuras

hält es für sinnvoll, dass diese Maßnahme als Unterhaltungsmaßnahme deklariert wird. So ist die ganze Planung einfacher, als wenn es sich um eine neue Maßnahme gehandelt hätte.

#### Herr Unger

erklärt, zur Deichbaumaßnahme hat Herr Torger bereits Stellung genommen. Die Aufgabenstellung ist bereits raus. Hierbei handelt es sich nicht um eine ganz zeitnahe Umsetzung. Hier wird ein Zeitfenster zwischen 2018 und 2020 anvisiert. In diesem Zuge soll auch die Uferabrutschung Ost mit gemacht werden.

#### \*\*\* Herr Weinert verlässt den Ausschuss \*\*\*

- zu 3. Die Uferabrutschung am Scholitzer See Ost wird vorerst nicht beseitigt. Die Reparatur an der Westseite wurde befestigt, weil dort direkt der Deich dicht anliegt. Somit hat auch der LHW eine Gefährdung für den Deich gesehen. Auf der Ostseite verhält sich das anders. Der Abstand zur Deichanlage ist sehr viel größer und der LHW sagt selbst, dass der derzeitige Ist-Zustand keine Gefahr für den Hochwasserschutz darstellt.

#### Herr Torger

informiert, dass die kleinste Entfernung zum Deich an dieser Stelle mindestens 10 Meter beträgt. Der Schnitt ist ein Abstand von 10-20 m an dieser Stelle. Somit geht hiervon keine Gefahr für die Deichanlage aus.

#### Frau Storz

möchte einen Vor-Ort-Termin zu dieser Problematik mit dem LHW, den Eigentümern und dem Ortschaftsrat. Es handelt sich um einen Meter Austrag und Sand.

#### Herr Torger

gibt zu bedenken, dass Frau Storz jetzt nicht vom LHW verlangen kann, dass dieser außerhalb seines Zuständigkeitsbereiches tätig wird. Der LHW ist nur für den fünf Meter breiten Schutzstreifen am Deichfuß zuständig. Danach ist es das Gewässer zweiter Ordnung und die Uferkante gehört nicht in den Zuständigkeitsbereich des LHW

#### Herr Unger

gibt zu bedenken, dass für diesen Bereich ausschließlich die Eigentümer verantwortlich sind, da es sich bei diesem Teil auch nicht um städtisches Grundstück handelt. Ein Hinweis noch an Frau Storz, wenn der Kontakt zu den Eigentümern besteht, wäre es schön, wenn wir da ins Gespräch kommen, da die Stadt ja schon seit längerem mit den Eigentümern im Klinsch liegt, da diese ihre landwirtschaftlichen Geräte im Überflutungsbereich belassen.

#### Herr Kuras

fragt, ob der Unterhaltungsverband tätig ist.

#### Herr Unger

antwortet, dass der Unterhaltungsverband dort zwar tätig ist, aber für diesen Uferstreifen nicht zuständig ist.

Herr Torger

sichert zu, dass im Zuge der Planung Scholitzer See eine Klärung stattfinden wird, in wie weit eine Gefahr von dieser Uferabrutschung ausgeht.

Herr Unger

macht einen Vorschlag zur Güte. Im Zuge der Planung die der LHW vorantreibt (wie komme ich zu einem Deichverteidigungsweg, reicht die Deichhöhe noch aus, muss ich eine Berme anlegen), muss auch die Gefährdung durch die Uferabrutschung ermittelt werden.

Herr Kuras

bemerkte, für den Bürger wird dies eine nüchterne Abwägung sein. Wieviel Geld muss er einplanen und wieviel Gefahr besteht tatsächlich, wenn es nicht gemacht wird. Hieraus ergeben sich auch versicherungsrechtliche Fragen.

Herr Freyer-Gottschalk

gibt zu bedenken, dass der Ausschuss in seiner neuen Form nicht mehr nur für hochwasserrelevante Themen zuständig ist. Er wünscht sich mehr andere Themen, die sowohl die Feuerwehr als auch den Katastrophenschutz betreffen. Den Vorschlag einer To-do-Liste von Frau Storz begrüßt er sehr. Er regt an, sich auch mit dem Thema kritische Infrastruktur auseinanderzusetzen. Außerdem würde er sich wünschen, dass der Ausschuss sich nicht in so viele Details verstrickt.

Herr Kuras

nimmt den Hinweis zur Kenntnis. Gibt es konkrete Themen die die Feuerwehr ansprechen möchte?

Herr Müller

antwortet, dass für die unterschiedlichsten Szenarien Pläne vorhanden sind. Diese können gerne vorgestellt werden.

Herr Kuras

bittet Herrn Freyer-Gottschalk, wenn er konkrete Vorschläge zur Themenwahl oder Fragen hat, diese auf die Tagesordnung zu schreiben.

Herr Schönemann

wünscht sich die Vorstellung der existierenden Gefahrenabwehrpläne der Stadt, um sich einen Überblick zu verschaffen, welche vorhanden sind und ob diese aktuell sind. Eine aktuelle Bestandsaufnahme ist erwünscht.

Herr Kuras

schlägt vor, dass eine Bestandsaufnahme ähnlich wie beim Hochwasser erfolgt.

Herr Müller

schlägt vor, beim nächsten Mal eine Übersicht aller Pläne zu zeigen und deren groben Inhalt zu erläutern. Danach kann im Ausschuss festgelegt werden, welcher Plan intensiver beleuchtet werden soll.

Herr Kuras

fragt, ob es weitere Anfragen, Meinungen oder Diskussionen gibt? → keine

## **7 Beschlussfassungen**

### **7.1 Haushaltssatzung 2016 Haushaltsplan 2016 Stellenplan 2016 Vorlage: BV/381/2015/II-20**

Frau Nußbeck

erläutert, dass der Haushalt im Entwurf für das Jahr 2016 unausgeglichen ist. Zwar ist das Defizit im Plan deutlich geringer als 2015, dennoch erreichen wir den Ausgleich erst 2019 durch das beschlossene Konsolidierungskonzept, u. a. durch Rückgriff auf Überschüsse aus den Vorjahren und durch einen zusätzlichen Konsolidierungsbeitrag der noch beschlossen werden muss. Die Teilhaushalte sind in den Fachausschüssen bereits alle schon einmal beraten, bis auf den heutigen. Mehrere Ausschüsse haben bereits Empfehlungen ausgesprochen den Haushalt zu befürworten. Dies waren der Sozialausschuss, Wirtschaftsförderungsausschuss und der Jugendhilfeausschuss, der allerdings das Haushaltskonsolidierungskonzept nicht mehrheitlich getragen hat, sondern nur den Haushalt. Im Jugendhilfeausschuss wurden Beschlüsse mit Änderungsantrag gefasst. Am 17.02.2016 werden die gesammelten Anträge aus den Fachausschüssen im Haushaltsausschuss vorgestellt. Am 24.02.2016 soll darüber abgestimmt werden, was in die Änderungsliste mit aufgenommen wird. Sollten weitere Anträge in erheblichem Umfang noch kommen, muss über weitere Konsolidierungsvorschläge nachgedacht werden, um den Ausgleich darzustellen. Der vorläufige Abschluss für 2015 sieht nicht schlecht aus, allerdings ist nicht klar wie die Flüchtlingsproblematik letztendlich abgerechnet wird. Es sind einige Risiken vorhanden und es bleibt das Gefühl, dass die endgültige Diskussion auf die Zeit nach der Wahl verschoben wird. Wir sind in Verhandlungen mit dem Land, weil einige Aufwendungen noch nicht in die Gesamtkosten eingepreist werden. Dies betrifft insbesondere Personalaufwendungen und das erinnert mich ganz stark an das Hochwasser. Immer dann, wenn Sie mit eigenen Kräften Dinge schnell und preiswert lösen, werden sie hinterher abgestraft, weil Personalausgaben herausgerechnet werden. Hätten sie die Leistung fremd vergeben, hätten sie diese als Sachaufwand erstattet bekommen. Immer wenn sie in Zugzwang sind, können sie keine großen Wirtschaftsbetrachtungen machen, sondern sie schauen wie sie das Problem schnell lösen und greifen natürlich auch auf vorhandene Ressourcen zurück. Da sind wir also noch im Streit und die Auffassung der Kommunen ist, dass im Rahmen der Transparenz dem Bürger gezeigt wird, dass die Kommunen eben nicht die Lasten tragen und damit nicht Kosten auf künftige Jahre auf das Finanzausgleichsgesetz verschoben werden. Weil das nicht transparent ist. Es kann niemand tatsächlich nachprüfen, ob die Erstattungen in den Folgejahren im vollem Umfang erfolgt sind, dafür ist das Gesetz zu kompliziert. Wir glauben und damit sind wir mit dem Städte-

und Gemeindebund und dem Landkreistag einig, dass das im Hinblick auf die Diskussionen in Richtung AfD das falsche Signal ist.

Der Haushalt ist derzeit stark risikobehaftet, wir haben unsere Einnahmen und Ausgaben aus der Asylproblematik ausgeglichen reingeschrieben und das ist, muss man sagen, Wunsch. Insofern wollen wir die Haushaltsberatungen ausdrücklich nicht damit belasten, sondern haben gesagt, wir stellen den Haushalt in diesem Punkt ausgeglichen dar und alle übrigen Ausgaben und Einnahmen betreffen unsere bisherigen Ein- und Ausgaben. Hier bleibt die Stadt selbst in der Pflicht, den Haushalt auszugleichen. Zum Haushalt des Fachamtes sagt jetzt etwas die Feuerwehr. Es gibt hier eine ambivalente Entwicklung, es gibt Einsatzzahlen die gesunken sind, in anderen Bereichen gibt es gegenläufige Entwicklungen. Die Feuerwehr bewegt sich mehr unter Sparzwängen, aber nicht unter den Konsolidierungszwängen, da es sich um eine Pflichtaufgabe handelt.

Herr Kuhnhold

präsentiert den Haushalt der Berufsfeuerwehr.

- siehe Anlage 2 –

Herr Kuras

möchte wissen, ob es noch Fragen gibt?

Herr Schönemann

möchte wissen, ob die Pflichtaufgaben mit dem dargestellten Ansatz abgedeckt sind.

Herr Kuhnhold

bejaht diese Frage.

Herr Kuras

möchte wissen, ob es sonst noch Fragen gibt?

Herr Porsche

möchte wissen, ob die Personalkosten in der Präsentation bereits enthalten sind, ansonsten erscheint es etwas zu wenig.

Herr Kuhnhold

verneint diese Frage, da Amt 37 nicht die haushaltsführende Stelle ist.

Frau Nußbeck

antwortet, in dem Produkt sind die Gesamtkosten enthalten. Herr Kuhnhold hat nur einen Auszug vorgestellt. Wenn man den Haushalt nimmt, ist jedem Produkt auch alles zugeordnet und da werden auch die Bezüge gezeigt, hier wurden jetzt nur die Sachkosten dargestellt.

Herr Kuras

leitet die Abstimmung zum Haushalt ein.

Der Haushalt wird einstimmig empfohlen.

**7.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 und Folgejahre**  
**Vorlage: BV/382/2015/II-20**

Wurde nicht erörtert.

Herr Kuras

gibt den nächsten Termin, am 24.05.2016, bekannt.

Frau Storz

möchte einen Turnus von zwei Monaten. Der vorgeschlagene Termin ist ihr zu lang, um die To-do-Liste nicht aus den Augen zu verlieren. Sie bittet um erneute Terminprüfung.

Herr Kuras

regt an, vorerst die To-do-Liste an alle Mitglieder auszureichen. Ebenfalls wird der Termin für den Ausschuss dann in den April vorverlegt. Bis dato bleibt der Termin im Mai bestehen.

Herr Schönemann

bittet nur bei gegebener Themenvielfalt einen Termin zu ergänzen.

Herr Kuras

möchte wissen, ob es noch Beiträge oder Fragen gibt?

**8 Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Ausschusses für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz beendet die Sitzung um 19:00 Uhr.

Dessau-Roßlau, 20.04.16

---

Oberbürgermeister Peter Kuras  
Vorsitzender FHK-Ausschuss

Tina Dolze  
Schriftführer